



## Kinderrechte im Parlament – Rückschau auf die Wintersession 2018

Der **Nationalrat** hat während dieser Session verschiedene kinderrechtlich relevante Vorstösse behandelt. Stillschweigend hat der Nationalrat ein [Postulat seiner staatspolitischen Kommission](#) überwiesen, das eine Aktualisierung des Berichts von 2016 «Syrische Flüchtlinge. Verstärkte europäische Zusammenarbeit» fordert. Kinderrechtlich relevant ist die Frage, wie besonders Schutzbedürftige (Minderjährige oder Frauen mit Kindern) besser unterstützt und vor Gefahren geschützt werden können.

**National- und Ständerat** haben sich weiter mit je zwei gleichlautenden Vorstössen zum Uno-Migrationspakt befasst: Beide Räte haben den Vorstoss der jeweiligen staatspolitischen Kommission überwiesen, womit nun das Parlament - anstelle des Bundesrats - über die Zustimmung zum Migrationspakt entscheiden kann ([Motion SPK-NR und Motion SPK-SR](#)). Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund derer Aufenthaltsstatus ergeben. Beide Räte haben sich jedoch gegen die Vorstösse von [Nationalrat Aeschi](#) und [Ständerat Germann](#) ausgesprochen, die einen gänzlichen Verzicht der Unterzeichnung des Migrationspaktes forderten.

Nach dem Nationalrat, hat sich der **Ständerat** erstmals mit der Erweiterung des Artikels «Rassendiskriminierung» im Strafgesetzbuch befasst. Die Gesetzesänderung beruht auf der parlamentarischen Initiative von Mathias Reynard [«Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung»](#) und will, dass neben Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung auch die Diskriminierung wegen der Geschlechtsidentität unter Strafe gestellt wird. Der Nationalrat stimmte der Vorlage bereits während der Herbstsession zu. Der Ständerat folgte dem Nationalrat nur teilweise und strich die Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität aus der Vorlage. In der Differenzbereinigung stimmte der Nationalrat der Änderung des Ständerats zu und die Vorlage konnte in der Schlussabstimmung erledigt werden.

Weiter überwies der Ständerat stillschweigend das Postulat [«Überprüfung des Abstammungsrechts»](#) an den Bundesrat und will damit vom Bundesrat wissen, ob angesichts neuer Familienmodelle und Reproduktionsmethoden das Abstammungsrecht angepasst werden muss. Zudem behandelte der Ständerat die Differenzen zum Nationalrat in der [Reform der Ergänzungsleistungen](#). Die Räte wurden sich in Bezug auf die Ansätze für Kinder bis 11 Jahren einig. Aufgrund verbleibender wird sich der Nationalrat noch einmal mit der Vorlage befassen müssen.

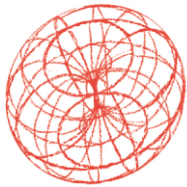
Schliesslich hat sich der Bundesrat in seiner Antwort auf die [Interpellation von Liliane Maury Pasquier](#) zur Verbesserung des Schutzes der Kinderrechte in der Schweiz ausgesprochen. In seiner Antwort unterstreicht er die Wichtigkeit einer zeitnahen Umsetzung und bestätigt, dass der Bundesrat noch dieses Jahr über Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen betreffend der Kinderrechte in der Schweiz entscheiden wird (vgl. dazu auch den [Webartikel des Netzwerks Kinderrechte](#))

Ausserdem wurden in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse behandelt, die ebenfalls kinderrechtlich relevant sind (vgl. ausführliche Rückschau unten).

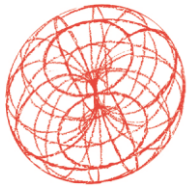
Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden



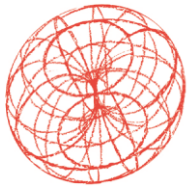
Datum	Nationalrat	Ständerat
27.11.2018	<p><b><u>18.041</u> (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022.</b> Für 2019 wird ein Überschuss von 1,3 Milliarden budgetiert. Die erfreuliche Haushaltslage ist auf die hohen Einnahmen der Verrechnungssteuer, aber auch auf die Minderausgaben wegen der vom Volk abgelehnten Reformen zurückzuführen (USR III, Altersvorsorge 2020). Im Jahr 2020 ergibt sich ein Defizit aufgrund der Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF gemäss Ständerat). Daher bleibt der Handlungsspielraum begrenzt; weitere Reformen und Mehrbelastungen müssen priorisiert werden. Der Voranschlag 2019 beinhaltet auch die Planungszahlen für den Kredit Kinderschutz / Kinderrechte und den Kredit Familienorganisationen. Für beide Kredite wird eine leichte Erhöhung gegenüber 2018 vorgeschlagen (zur Berücksichtigung der Teuerung). Zudem beinhaltet der Voranschlag auch das Budget zur Umsetzung der Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat hat die Mittel für Bildungs- und Forschungsstätten in der Schweiz stärker erhöht, als dies der Bundesrat vorgeschlagen hat. Die oben erwähnten kinderrechtlich relevanten Mittel hat der Nationalrat wie vom Bundesrat vorgeschlagen genehmigt. In der Folge wird der Ständerat das Budget beraten.</li></ul>	<p><b><u>16.065</u> (Geschäft des Bundesrats): ELG. Änderung (EL-Reform).</b> Bei der Reform der Ergänzungsleistungen (EL) gibt es nach wie vor grosse Differenzen zwischen Stände- und Nationalrat. Die Kinderrechte betrifft das Geschäft, weil die Ansätze für Kinder bis 11 Jahre gesenkt werden sollen. Heute hätten Familien mit EL teilweise mehr Geld als erwerbstätige Familien. Im Gegensatz dazu will der Nationalrat die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung stärker berücksichtigen. Der Ständerat wird nun über einen Kompromissvorschlag seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beschliessen, der sich stärker an den realen Lebenskosten von Familien orientiert.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Ständerat und Nationalrat können sich noch immer nicht einigen. In Bezug auf die anrechenbaren Beiträge für den allgemeinen Lebensbedarf für Kinder folgt der Ständerat dem Nationalrat und sieht vor, bei Kindern unter 11 Jahren die anerkannten Ausgaben zu reduzieren, im Gegenzug aber die Kosten einer notwendigen familienergänzenden Betreuung anzuerkennen. Bei den Kindern über 11 Jahren wird gegenüber heute nichts geändert. Die Vorlage geht nun zurück zum Nationalrat.</li></ul> <p><b><u>18.3772</u> (Motion Wicki): Lernfahrausweis erst ab dem 18. Altersjahr.</b> Die Motion beauftragt den Bundesrat, eine Bestimmung ins Strassenverkehrsgesetz aufzunehmen, welche die Erteilung des Lernfahrausweises für Motorfahrzeuge, bei denen nach geltendem Recht das Führen ab 18 Jahren erlaubt ist, erst ab dem Erreichen des 18. Altersjahres ermöglicht. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit dieser Motion.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Motionär hat seine Motion zurückgezogen.</li></ul>



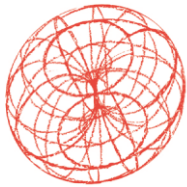
Datum	Nationalrat	Ständerat
27.11.2018		<p><b><u>18.4082</u> (Interpellation Maury Pasquier): Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschusses vom 4. Februar 2015.</b></p> <p>Die Interpellantin hält fest, dass es seit der Ratifizierung der Kinderrechtskonvention durch die Schweiz 1997 zu grossen Verzögerungen in der Berichterstattung gegenüber dem UN-Kinderrechtsausschuss gekommen ist. Trotz mehrfacher Empfehlung zur Erarbeitung einer nationalen Strategie zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention in der Schweiz blieb auch diese bisher aus. Um der bruchstückhaften Implementation der Konvention Abhilfe zu leisten, muss die koordinierte Umsetzung der Empfehlungen des UN-Ausschusses priorisiert werden. In diesem Zusammenhang möchte die Interpellantin vom Bundesrat Antworten zu den folgenden Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Welcher Zeitrahmen ist für die Umsetzung der erarbeiteten Massnahmen vorgesehen und wird dieser dem Berichterstattungsrythmus gerecht?</li><li>2. Welche Vorkehrungen trifft der Bund, um die notwendige Vertretung der Zivilgesellschaft im Rahmen der Umsetzung der Massnahmen zu garantieren?</li><li>3. Inwiefern wird die Beteiligung von Kindern als direkt Betroffene der Kinderrechtskonvention abgesichert, um dem Artikel 12 derselben gerecht zu werden?</li></ol> <p>➤ Der Bundesrat hat sich deutlich zur Verbesserung des Schutzes der Kinderrechte in der Schweiz ausgesprochen. In seiner Antwort auf die Interpellation unterstreicht er die Wichtigkeit einer zeitnahen Umsetzung und bestätigt, dass der Bundesrat noch dieses Jahr über Massnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen betreffend der Kinderrechte in der Schweiz entscheiden wird. Vergleiche dazu auch den <a href="#">Webartikel des Netzwerks Kinderrechte</a>. Das Geschäft ist somit erledigt.</p>



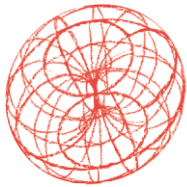
Datum	Nationalrat	Ständerat
28.11.2018	-	<p><b><u>13.407</u> (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.</b> Änderung des Strafgesetzbuches (Art 261bis): Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. 2015 hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm entsprechend zu erweitern. Der Nationalrat hiess in der Herbstsession mit 118 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen einen Gesetzesentwurf gut, zu dem Mathias Reynard 2013 mit einer parlamentarischen Initiative Anstoss gegeben hatte.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Anti-Rassismus-Strafnorm soll künftig auch die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe stellen, nicht aber aufgrund der Geschlechtsidentität. Der Ständerat ist dem Nationalrat nur teilweise gefolgt. Der Nationalrat befasste sich später in der Wintersession mit der Differenz zum Ständerat.</li></ul>
29.11.2018	<p><b><u>17.486</u> (Parlamentarische Initiative Mazzone): Kindwohl respektieren, Administrativhaft von Minderjährigen stoppen.</b> Die Initiative verlangt, dass das Ausländergesetz dahingehend geändert wird, dass die Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten verboten wird. Aktuell lässt das Gesetz die Haft für 15- bis 18-Jährige während eines Zeitraums von maximal 12 Monaten zu. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beantragt mit 14 zu 9 Stimmen keine Folge zu geben. Der Nationalrat behandelt das Geschäft als Erstrat.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Initiative wurde im Rat noch nicht behandelt.</li></ul>	<p><b><u>18.3935</u> (Motion Germann): Uno-Migrationspakt. Keine Unterzeichnung durch die Schweiz.</b> Mit der Motion wird der Bundesrat aufgefordert, mit Verweis auf Artikel 121a Absatz 4 BV, auf eine Unterzeichnung des Uno-Migrationspaktes durch die Schweiz abschliessend zu verzichten und die Führungsrolle der Schweiz im weiteren Prozess aufzugeben. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund derer Aufenthaltsstatus ergeben. Im Nationalrat wird <a href="#">die Motion 18.3838 Aeschi</a> mit demselben Inhalt behandelt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat lehnt die Motion mit 14 zu 22 Stimmen ab. Das Geschäft ist erledigt.</li></ul>



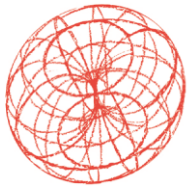
Datum	Nationalrat	Ständerat
29.11.2018		<p><b><u>18.4103</u> (Motion SPK-SR): Uno-Migrationspakt. Zustimmungsgesetz der Bundesversammlung unterbreiten.</b></p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Uno-Migrationspakt am 10./11. Dezember 2018 in Marokko vorerst nicht zuzustimmen und dem Parlament den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrant*innen verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund derer Aufenthaltsstatus ergeben. Im Nationalrat wird die <a href="#">Motion 18.4093</a> der SPK-NR mit demselben Inhalt behandelt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat stimmt der Motion der SPK mit 25 zu 15 Stimmen zu. Damit will der Ständerat, dass das Parlament über die Zustimmung zum Migrationspakt entscheidet. Zudem bestellt der Ständerat beim Bundesrat einen Bericht zu den wachsenden Bedeutung von Soft-Law, wie dies das Postulat der aussenpolitischen Kommission des Ständerats in einem Postulat fordert (<a href="#">Postulat 18:4104</a>).</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
03.12.2018	<p><b>17.3004 (Postulat SPK-N): Syrische Flüchtlinge.</b> Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats beauftragt den Bundesrat den Bericht vom 30. Juni 2016 «Syrische Flüchtlinge. Verstärkte europäische Zusammenarbeit» in einer aktualisierten Form vorzulegen. Insbesondere soll der Bericht Auskunft zu den folgenden Punkten geben:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Zahlen der Aufnahmen von syrischen Flüchtlingen durch sämtliche europäische Länder</li><li>- Ein Konzept zu einer direkten, schnellen und unkomplizierten Hilfe vor Ort</li><li>- einen aktualisierten Bericht vorzulegen, einen konkreten Vorschlag für Massnahmen zur Eindämmung bzw. Abweisung von Wirtschaftsflüchtlingen;</li><li>- Möglichkeit der Durchsetzung des Dubliner Abkommens;</li><li>- Möglichkeiten, wie syrische Flüchtlinge unter Anerkennung ihrer Ausbildung besser beruflich oder ins Ausbildungssystem (Studium) integriert werden können;</li><li>- die Fluchtgründe und die Möglichkeit der Schweiz, einen Beitrag zu ihrer Bekämpfung zu leisten;</li><li>- die Waffenexporte aus der Schweiz, ihren allfälligen Widerspruch zur Aussenpolitik und ihren allfälligen Beitrag zur Entstehung problematischer Situationen;</li><li>- den Beitrag der Schweiz zur Bekämpfung des Schleppertums;</li><li>- Unterstützung von besonders Schutzbedürftigen, (Minderjährigen, alleinstehenden Frauen oder Frauen mit Kindern), die besonderen Gefahren ausgesetzt sind;</li><li>- die Möglichkeit der Öffnung von legalen und sicheren Fluchtwegen, damit Menschen auf der Flucht weniger Gefahren ausgesetzt sind.</li></ul> <p>Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat hat das Postulat stillschweigend überwiesen.</li></ul>	<p><b>18.041 (Geschäft des Bundesrats): Voranschlag 2019 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2020-2022.</b> Für 2019 wird ein Überschuss von 1,3 Milliarden budgetiert. Die erfreuliche Haushaltslage ist auf die hohen Einnahmen der Verrechnungssteuer, aber auch auf die Minderausgaben wegen der vom Volk abgelehnten Reformen zurückzuführen (USR III, Altersvorsorge 2020). Im Jahr 2020 ergibt sich ein Defizit aufgrund der Vorlage zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF gemäss Ständerat). Daher bleibt der Handlungsspielraum begrenzt; weitere Reformen und Mehrbelastungen müssen priorisiert werden. Der Voranschlag 2019 beinhaltet auch die Planungszahlen für den Kredit Kinderschutz / Kinderrechte und den Kredit Familienorganisationen. Für beide Kredite wird eine leichte Erhöhung gegenüber 2018 vorgeschlagen (zur Berücksichtigung der Teuerung). Zudem beinhaltet der Voranschlag auch das Budget zur Umsetzung der Verlängerung des Impulsprogramms des Bundes für die familienergänzende Kinderbetreuung.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat und der Nationalrat einigen sich auf höhere Ausgaben für die Bildung, als vom Bundesrat vorgeschlagen. Die oben erwähnten kinderrechtlich relevanten Budgetposten wurden wie vom Bundesrat vorgeschlagen von beiden Räten angenommen.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
03.12.2018	<p><b>13.407 (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (Differenzbereinigung, falls nötig).</b></p> <p>Änderung des Strafgesetzbuches (Art 261bis): Erweiterung des Artikels „Rassendiskriminierung“ um die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. 2015 hat sich der Nationalrat dafür ausgesprochen, die Antirassismus-Strafnorm entsprechend zu erweitern. Der Nationalrat hiess in der Herbstsession mit 118 zu 60 Stimmen bei 5 Enthaltungen einen Gesetzesentwurf gut, zu dem Mathias Reynard 2013 mit einer parlamentarischen Initiative Anstoss gegeben hatte.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Die Anti-Rassismus-Strafnorm stellt künftig auch Aufrufe zu Hass und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe. Damit stärkt das Parlament den Schutz von homo- und bisexuellen Personen. Der Nationalrat übernimmt die Änderungen des Ständerates und überweist die Vorlage mit 107 zu 77 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Umstritten war zuletzt noch, ob auch Diskriminierung aufgrund der Geschlechtsidentität unter Strafe gestellt werden sollte. Der Nationalrat hatte sich zunächst dafür ausgesprochen, der Ständerat war aber dagegen. Nun hat die grosse Kammer eingelenkt.</li></ul>	
4.12.2018	-	<p><b>16.403 (Parlamentarische Initiative Müller): Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene.</b></p> <p>Die Initiative verlangt, die rechtlichen Grundlagen so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Die Staatspolitische Kommission beider Räte leisten der Initiative Folge.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat beschliesst eine Fristverlängerung bis zur Wintersession 2020.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
6.12.2018	<p><b><a href="#">18.4093</a> (Motion SPK-NR): Uno Migrationspakt. Zustimmungsgesamt der Bundesversammlung unterbreiten.</b></p> <p>Die Motion beauftragt den Bundesrat, dem Uno-Migrationspakt am 10./11. Dezember 2018 in Marokko vorerst nicht zuzustimmen und dem Parlament den Antrag auf Zustimmung in Form eines Bundesbeschlusses zu unterbreiten. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Im Ständerat wird die Motion <a href="#">18.4103</a> der SPK-SR mit demselben Inhalt behandelt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat überweist die Motion seiner staatspolitischen Kommission mit 121 zu 70 Stimmen und fordert nach dem Ständerat ebenfalls, dass das Parlament über die Zustimmung zum Uno-Migrationspakt entscheiden darf.</li></ul>	-





Datum	Nationalrat	Ständerat
6.12.2018	<p><b><a href="#">18.3838</a> (Motion Aeschi): Uno-Migrationspakt. Keine Unterzeichnung durch die Schweiz.</b></p> <p>Der Bundesrat wird mit Verweis auf Artikel 121a Absatz 4 BV aufgefordert, auf eine Unterzeichnung des Uno-Migrationspaktes durch die Schweiz abschliessend zu verzichten und die Führungsrolle der Schweiz im weiteren Prozess aufzugeben. Der Uno-Migrationspakt ist insgesamt sehr relevant für die Sicherung der Kinderrechte, weil sich die Staaten damit spezifisch für die Unterstützung und den Schutz von Migrantenkindern verpflichten. Eine Nicht-Unterzeichnung des Migrationspaktes wäre deshalb eine verpasste Möglichkeit, die Kinderrechte in der Schweiz zu stärken. Für die Schweiz würde eine Unterzeichnung des Paktes aus kinderrechtlicher Sicht vor allem Handlungsbedarf in Sachen administrativhaft für Minderjährige aufgrund derer Aufenthaltsstatus ergeben. Im Nationalrat wird die gleichlautende Motion <a href="#">18.3935 Germann</a> behandelt</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Auch der Nationalrat lehnt einen definitiven Verzicht auf die Unterschreibung des Uno-Migrationspaktes mit 104 zu 90 Stimmen ab. Das Geschäft ist somit erledigt.</li></ul>	
12.12.2018	-	<p><b><a href="#">18.3714</a> (Postulat RK-SR): Überprüfung des Abstammungsrechts.</b></p> <p>Der Bundesrat wird beauftragt, den Reformbedarf im Abstammungsrecht zu prüfen und dem Parlament in einem Bericht gegebenenfalls entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten. Insbesondere ist zu prüfen, ob das geltende Abstammungsrecht den heutigen Lebensrealitäten noch gerecht wird. Das Abstammungsrecht regelt, wer Vater und Mutter eines Kindes ist, in wessen Verantwortung das Kind aufwächst, wessen Namen und Bürgerrechte das Kind erhält. Ebenfalls an das Abstammungsrecht knüpfen zudem die Unterhaltsberechtigung aber auch die Unterstützungspflicht sowie das Erb- und Pflichtteilsrecht.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Ständerat überweist das Postulat stillschweigend und will vom Bundesrat in einem Bericht wissen, ob angesichts neuer Familienmodelle und Reproduktionsmethoden das Abstammungsrecht angepasst werden muss.</li></ul>



Datum	Nationalrat	Ständerat
14.12.2018	<p><b><u>03.424</u> (Parlamentarische Initiative Abate): Sexuelle Handlungen mit Kindern. Erhöhung des Strafmasses gemäss Artikel 187 StGB.</b></p> <p>Die Vorlage beantragt, dass Artikel 187 Ziffer 1 des Strafgesetzbuches geändert wird und eine Person, die mit einem Kind unter 16 Jahren eine sexuelle Handlung vornimmt, es zu einer solchen Handlung verleitet oder es in eine sexuelle Handlung einbezieht, künftig mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft wird. Der Nationalrat hat der Initiative bereits Folge gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none"><li>➤ Der Nationalrat beschliesst eine Fristverlängerung bis zur Wintersession 2020.</li></ul>	
14.12.2018	<p><b>Schlussabstimmungen.</b></p> <p><b><u>13.407</u> (Parlamentarische Initiative Reynard): Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.</b></p> <p>Das Parlament beschliesst mit 121 zu 67 Stimmen bei 8 Enthaltungen und 30 zu 12 Stimmen bei 1 Enthaltung eine Änderung der Anti-Rassismustrafnorm, mit der künftig auch Aufrufe zu Hass und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unter Strafe stehen;</p>	